

Südkoreas Zivilgesellschaft: Leistungen und Herausforderungen

Thomas Kern

Vor 20 Jahren – im Juni 1987 – vollzog Südkorea den Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Heute wird die demokratische Ordnung kaum noch in Frage gestellt. Dies ist ein wesentlicher Verdienst der Zivilgesellschaft.

Analyse:

Seit dem Ende der Militärherrschaft hat sich die südkoreanische Demokratie stetig konsolidiert. Über die Jahre entwickelte sich vor allem die Zivilgesellschaft zu einem Motor für Reformen und leistete einen maßgeblichen Beitrag zur Festigung der demokratischen Kultur. Dabei gelang es ihr immer wieder, die breite Bevölkerung für bestimmte Anliegen zu mobilisieren.

- Die südkoreanische Zivilgesellschaft ist in den vergangenen Jahren nicht nur organisatorisch gewachsen, auch die Zahl der Proteste und Demonstranten hat sich dramatisch erhöht. Dabei handelt es sich gerade nicht um ein Krisensymptom, sondern um das Zeichen einer gesunden demokratischen Entwicklung.
- In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre dominierte innerhalb der Zivilgesellschaft die Studentenbewegung. Ihr Engagement war stark von politischen Utopien angetrieben. In der zweiten Hälfte jenes Jahrzehnts gewannen die Gewerkschaften und gemeinwohlorientierte NGOs die Oberhand. Deren Schwerpunkt liegt zumeist auf pragmatischen ökonomischen und politischen Reformen.
- Mit der Ausbreitung neuer Kommunikationstechnologien steht die südkoreanische Zivilgesellschaft vor neuen Herausforderungen: Im Internet hat sich eine alternative Öffentlichkeit entwickelt, die den gesellschaftlichen Diskurs erheblich beeinflusst. Von hier könnten wichtige Impulse für die kommenden Präsidentschaftswahlen ausgehen.

Key words: Südkorea, Demokratisierung, Zivilgesellschaft, Protestbewegungen, Internet

1. Südkoreas Zivilgesellschaft

Mit wochenlangen Massenprotesten, an denen sich Menschen aus allen sozialen Schichten beteiligten, wurde im Juni 1987 ein Schlusspunkt unter nahezu drei Jahrzehnte Militärdiktatur gesetzt (Kern 2005a). Trotz beeindruckender ökonomischer Entwicklung war die Mehrheit der Bevölkerung unter der Herrschaft des Militärs vom Wohlstandswachstum weitgehend ausgeschlossen geblieben und hatte kaum eine Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen. Jede Opposition war von der Regierung brutal verfolgt und unterdrückt worden. Nach der Demokratisierung gelang es dem Land nur langsam, sich von diesem autoritären Erbe zu befreien.

Obgleich die Verfassungsänderung von 1987 einen tiefen Einschnitt in die politische Entwicklung markierte, ruhte die südkoreanische Demokratie weiterhin auf einem brüchigen Fundament. Das institutionelle Kräfteverhältnis hatte sich zwar zugunsten des prodemokratischen Lagers verändert; mit dem Wahlsieg von Exgeneral Roh Tae-woo war allerdings deutlich geworden, dass die endgültige Abkehr von der autoritären Vergangenheit noch lange nicht vollzogen war. Infolgedessen stand die Konsolidierung der Demokratie auf der Reformagenda der Zivilgesellschaft ganz oben (Kern 2005b). Unter Konsolidierung wird zumeist die dauerhafte Bindung relevanter politischer, sozialer und ökonomischer Akteure an eine neue demokratische Ordnung verstanden. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist dabei in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Erstens leistet sie die Verteidigung von Grundrechten, die es ermöglichen, politische Themen kontrovers zu diskutieren und kollektive Interessen frei von staatlicher Einflussnahme zu artikulieren; zweitens zielt sie auf die Öffnung politischer Entscheidungsprozesse gegenüber diesen Interessen und erhöht dadurch die Resonanzfähigkeit des Staates gegenüber der Gesellschaft. Der Begriff Zivilgesellschaft bezieht sich dabei nicht auf bestimmte Gruppen oder Organisationen, sondern auf einen sozialen Raum, in dem Individuen und Kollektive ihre Interessen – vor allem gegenüber dem Staat und der Wirtschaft – frei organisieren können (Alexander 2006).

Abschnitt 2 gibt einen Überblick über die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Diskurse in den vergangenen 20 Jahren. Abschnitt 3 beschäftigt sich mit den Organisationsstrukturen und dem Mobilisierungspotenzial der Zivilgesellschaft. In Abschnitt 4 werden einige ihrer Stärken und Schwächen disku-

tiert. Abschnitt 5 beschäftigt sich schließlich mit der Herausforderung des Internet.

2. Themen und Kampagnen

Bereits wenige Monate nach der verlorenen Präsidentschaftswahl von 1987 gelang den prodemokratischen Oppositionsparteien mit ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen im Februar 1988 ein entscheidender Durchbruch. Obwohl der Präsident im politischen System Südkoreas eine starke Stellung hat, konnte er die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, die sich mit Korruptionsvorfällen unter dem früheren Regime beschäftigten, nicht verhindern. Der Demokratiebewegung ging dies aber nicht weit genug. Für die Aktivisten war die Regierung Roh lediglich ein verlängerter Arm der vorangehenden Militärdiktaturen. Sie verlangten vor allem die lückenlose Aufklärung aller Vorgänge, die 1980 zur blutigen Niederschlagung der Demonstrationen in der südwestlich gelegenen Provinzmetropole Gwangju geführt hatten. Da die Regierung auf diese Forderung indes nur unzureichend einging, blieb das gesellschaftliche Klima trotz einiger politischer Reformen weiterhin angespannt.

Die Präsidentschaftswahlen von 1992 bildeten den nächsten Meilenstein in der demokratischen Entwicklung. Nach 31 Jahren Militärrherrschaft wurde mit dem ehemaligen Dissidenten und Oppositionspolitiker Kim Young-sam zum ersten Mal wieder ein Zivilist in das höchste Amt des Staates gewählt. Unmittelbar nach seiner Amtseinführung leitete er zahlreiche Reformen ein: Mehrere hohe Generale, die in den zweiten Putsch von 1979/80 oder in Korruptionsvorfälle verwickelt waren, wurden aus dem Oberkommando des Militärs entfernt. Korruptionsvorwürfen gegen hohe Politiker und Beamte der früheren Regime wurde ebenfalls nachgegangen. 1994 sprach die Regierung im Zusammenhang mit der 1979/80 erfolgten Machtergreifung durch Präsident Chun erstmals offiziell von einem Putsch, lehnte es allerdings ab, mit gerichtlichen Mitteln gegen die Verantwortlichen vorzugehen.

Die Zivilgesellschaft reagierte darauf mit massiven Protesten. Im August 1995 starteten Universitätsprofessoren mit Erfolg unter ihren Kollegen eine Unterschriftenaktion, in der sie verlangten, dass die Drahtzieher des Putsches von 1979/80 vor Gericht gestellt werden. Ende September initiierten Studentenorganisationen einen landesweiten Unterrichtsboykott, an dem sich zahlreiche Universi-

täten beteiligten. In den Straßen kam es gleichzeitig zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Als im Oktober außerdem bekannt wurde, dass Roh Tae-woo, der Amtsvorgänger von Kim Young-sam, ebenfalls tief in Korruptionsvorfälle verwickelt war, eskalierte die Situation weiter. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen schlossen sich zu einer breiten Koalition zusammen und setzten eine landesweite Unterschriftenkampagne in Gang, an der sich über eine Million Bürger beteiligten.

Angesichts des enormen öffentlichen Druckes reagierte die Regierung schließlich und bereitete den Weg für die gerichtliche Aufarbeitung des Militärputsches von 1979/80, dem vermutlich über tausend Menschen in Gwangju zum Opfer gefallen waren. Im Februar 1996 wurden insgesamt elf Generale – darunter die Expräsidenten Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo – verhaftet und vor Gericht gestellt. Am Ende des Verfahrens wurden beide zahlreicher Vergehen für schuldig befunden. Die 22-jährige Haftstrafe für Roh und das Todesurteil für Chun wurden allerdings nicht vollstreckt. Beide wurden von dem 1998 ins Präsidentenamt folgenden langjährigen Oppositionsführer Kim Dae-jung begnadigt.

In den Jahren 1997/98 wurde Südkorea schließlich von der Asienkrise erschüttert. Von einem Tag auf den anderen hatten Familien der Mittelschicht nicht einmal mehr das Geld, um sich die notwendigen Lebensmittel zu kaufen. In wenigen Monaten verdoppelte sich die Arbeitslosenrate. Das Land stand vor dem finanziellen Ruin und war dringend auf ausländische Finanzhilfen angewiesen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) verlangte von der südkoreanischen Regierung als Gegenleistung für die erforderlichen Kredite jedoch schmerzhaft Reformen, die von vielen als Ausverkauf der wirtschaftspolitischen Souveränität angesehen wurden. Vermutlich unter dem Schock dieser Krise ging die Zahl der Proteste sehr zurück – die Zivilgesellschaft musste sich neu orientieren.

Ogleich die enge Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft von zivilgesellschaftlichen Gruppen schon früher kritisiert worden war, hatten sich deren Kampagnen bisher größtenteils auf die Reform politischer Institutionen und die Aufarbeitung vergangener Diktaturen konzentriert. Nun rückte das Thema Wirtschaft in den Vordergrund. Im September 1998 schlossen sich 40 Gruppen zusammen und verlangten in einer Unterschriftenaktion erstens eine Arbeitsplatzgarantie für alle von Entlassung bedrohten Arbeitnehmer und zweitens die Bestra-

fung aller für die Krise verantwortlichen Politiker und Geschäftsleute. Diesen Forderungen verliehen sie im November mit einer Protestwelle Nachdruck. Teilweise als Reaktion darauf leitete das Parlament im Januar 1999 eine Anhörung zu diesen Themen ein. Im weiteren Verlauf wirkten zivilgesellschaftliche Gruppen mit ihren Kampagnen ungemein auf den ökonomischen Reformprozess ein.

Nach dem 11. September 2001 rückte die Außenpolitik immer stärker in den Mittelpunkt des zivilgesellschaftlichen Diskurses. Die Regierung im Weißen Haus hatte nach ihrem Amtsantritt im Januar 2001 aus ihren Vorbehalten gegenüber der „Sonnenscheinpolitik“ von Präsident Kim Dae-jung keinen Hehl gemacht. Als Präsident Bush im Januar 2002, trotz aller Fortschritte in der Entspannungspolitik, Nordkorea zur „Achse des Bösen“ zählte, reagierte die Öffentlichkeit in Südkorea mit Unverständnis. Immer mehr Bürger sahen in den USA eines der größten Hindernisse für die Wiedervereinigung. Die Probleme im bilateralen Verhältnis beider Staaten rückten immer stärker in den Vordergrund und begünstigten die Ausbreitung einer kritischen Stimmung gegenüber den USA (Kern 2005c). In der Sache richtete sich die Kritik erstens auf die veränderte Nordkoreapolitik der USA und zweitens auf das Status of Forces Agreement (SOFA), das die Rechte der in Südkorea stationierten US-Soldaten regelt.

Zivilgesellschaftliche Gruppen griffen die Stimmung auf, verschärften ihre Kritik am SOFA und verlangten von ihrer Regierung eine von den USA unabhängigere Außenpolitik. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2002, nachdem bekannt geworden war, dass ein US-Militärfahrzeug zwei koreanische Schülerinnen überfahren hatte. Nachdem die beiden Fahrer von einem US-Gericht freigesprochen worden waren, fanden über Wochen hinweg landesweit Lichterkettendemonstrationen statt, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Unter dem wachsenden öffentlichen Druck sah sich US-Präsident Bush sogar genötigt, öffentlich sein Bedauern über den Vorfall zu äußern. Einiges spricht dafür, dass die Demonstrationen signifikanten Einfluss auf das Ergebnis der Präsidentschaftswahl im Dezember 2002 ausübten.

Die nächste große Protestwelle erfasste das Land im Vorfeld der Parlamentswahlen vom April 2004, nachdem die Mehrheit der konservativen Parteien im Parlament gegen Präsident Roh Moo-hyun ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet hatte. Über

500 NGOs schlossen sich zu einer Unterschriftenaktion zusammen und organisierten erneut Lichterkettendemonstrationen, an denen sich wieder Zehntausende beteiligten, um gegen die Entscheidung des Parlaments zu protestieren. Diese Kampagne beeinflusste das Ergebnis der Parlamentswahlen beträchtlich: In einem erdrutschartigen Sieg errang die *Uri*-Partei, die dem Präsidenten nahestand, in der neuen Nationalversammlung die absolute Mehrheit. Die mit der Gewerkschaftsbewegung sympathisierende *Democratic Labor Party* (DLP) konnte zehn Abgeordnete ins Parlament schicken. Bei den jüngsten Massenprotesten im Frühjahr 2007 gegen die Vereinbarung eines Freihandelsabkommens mit den USA spielten Gewerkschaften und die DLP eine führende Rolle.

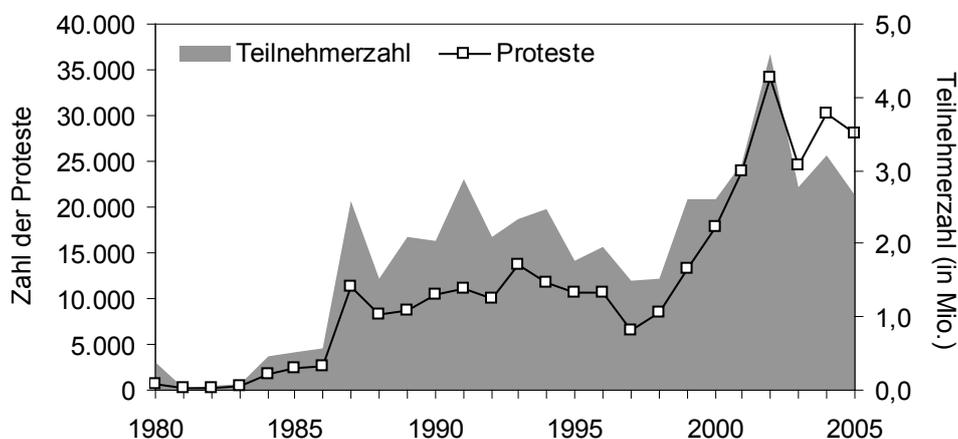
3. Mobilisierungspotenzial und Organisationsstrukturen

Ein Blick auf Polizeistatistiken zeigt, dass die Zahl der Proteste seit der Demokratisierung beachtlich zugenommen hat (vgl. Abbildung 1). Während öffentlicher Widerspruch in autoritär regierten Gesellschaften zumeist ein Krisensymptom ist, gelten Proteste in Demokratien als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Interessen und sind deshalb ein normaler Bestandteil des politischen Lebens (Goldstone 2004). Mit dem Wachstum des zivilgesellschaftlichen Sektors ist somit generell zu erwarten, dass die Zahl der Proteste eher zu- als abnimmt. Diese weltweit zu beobachtende Tendenz lässt sich

auch am Fallbeispiel Südkoreas beobachten: Zwischen 1980 und 1989 lag die Zahl der Proteste im Jahresdurchschnitt noch bei etwa 3.600. Zwischen 1990 und 1999 erhöhte sich dieser Wert um beinahe das Dreifache auf etwa 10.700 sowie zwischen 2000 und 2005 noch einmal um das Zweieinhalbfache auf knapp 26.500. Ein ähnlich dramatisches Wachstum zeigen die Teilnehmerzahlen im Jahresdurchschnitt: Sie kletterten von 830.000 in den 1980er-Jahren auf über 2.100.000 in den 1990er-Jahren. Seit 2000 stieg dieser Wert auf knapp 3.150.000.

Der Wandel der südkoreanischen Zivilgesellschaft beschränkte sich aber nicht auf die quantitative Zunahme der Protestaktivitäten; es gab auch qualitative Veränderungen. In der Endphase der Militärdiktatur wurden die Proteste gegen das Regime vor allem von Studenten getragen, während andere soziale Gruppen kaum eine Rolle spielten (Kern 2005a). Obwohl viele neue NGOs gegründet wurden – Schätzungen gehen davon aus, dass sich ihre Zahl in den 1990er Jahren verdoppelte – war ihre Mobilisierungsfähigkeit im Vergleich zur Studentenbewegung zunächst gering. Zu den bekanntesten Organisationen zählen heute die *Citizens' Coalition for Economic Justice* (CCEJ), die *Korean Federation for Environmental Movements* (KFEM) und die *Peoples' Solidarity for Participation and Democracy* (PSPD). Die CCEJ wurde 1989 gegründet, um auf die strukturellen Defizite der südkoreanischen Wirtschaft aufmerksam zu machen. Im Vordergrund standen dabei Fragen der Transparenz und der sozialen Gerechtigkeit. Die Organisation zählt heute etwa 35.000 Mitglieder. Die KFEM wurde of-

Abbildung 1: Zahl der Proteste und Protestteilnehmer in Südkorea (1980-2005)



Quelle: Kyeongchal Tongye Yeonbo [Polizeistatistisches Jahrbuch], Seoul 1989, 2000 und 2005.

fiziell 1993 gegründet; ihre Anfänge reichen jedoch bis in die frühen 1980er-Jahre zurück. Ihr Hauptinteresse gilt dem Umweltschutz. Mit 85.000 Mitgliedern und 47 lokalen Niederlassungen gehört sie zu den landesweit größten Zivilorganisationen. Die PSPD wurde 1994 ins Leben gerufen, um auf politischen Machtmissbrauch aufmerksam zu machen, Korruption zu bekämpfen, die Menschenrechte und die politische Partizipation der Bürger zu fördern. Ihre Mitgliederzahl beläuft sich gegenwärtig auf etwa 13.000.

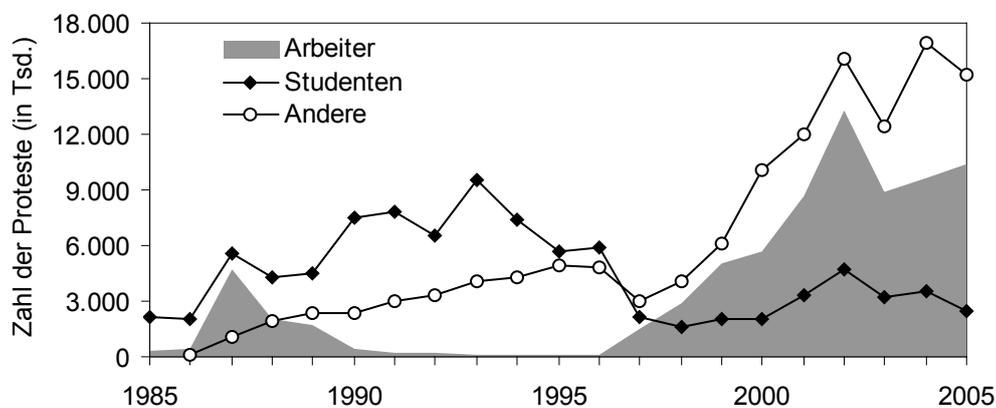
Diese drei Organisationen haben gemeinsam, dass sie erst nach 1988 gegründet wurden. Im Unterschied zur früheren Studentenbewegung sind sie für alle gesellschaftlichen Gruppen offen und stellen die Gesellschaftsordnung nicht grundsätzlich in Frage, sondern drängen im Rahmen der bestehenden Institutionen auf Reformen. Ein wichtiges Charakteristikum besteht zudem darin, dass sie über ihr jeweiliges Spezialgebiet hinaus ein breites Spektrum von Problembereichen abdecken. So fühlt sich die PSPD auch für die Reform der Steuergesetzgebung verantwortlich, während sich die KFEM und die CCEJ etwa an Kampagnen gegen den Krieg im Irak beteiligten. Unter Experten wird dafür der Begriff Catch-All-Organisation verwendet. Eine mögliche Erklärung für die im Vergleich zu westlichen Gesellschaften geringe Spezialisierung dieser NGOs könnte in der Schwerfälligkeit der etablierten politischen Parteien angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen liegen.

Neben diesen bekannten NGOs spielt auch die *Korean Confederation of Trade Unions* (KCTU) eine

wichtige Rolle. Die 1994 gegründete Vereinigung gilt heute – mit mehr als 1.200 Betriebsgewerkschaften und rund 570.000 Mitgliedern – als das Zentrum der progressiven Gewerkschaftsbewegung. Über die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen hinaus setzt sie sich ebenfalls für ökonomische, politische und gesellschaftliche Reformen ein. Sie gründete im Verbund mit anderen progressiven Gruppen im Jahr 2000 die *Democratic Labor Party* (DLP), die sich als politischer Arm der Arbeiterbewegung in Südkorea versteht. Wie bereits erwähnt, gelang der DLP bei den Parlamentswahlen von 2004 mit zehn Abgeordneten erstmals der Einzug ins Parlament.

Wie Abbildung 2 deutlich macht, verschoben sich Mitte der 1990er-Jahre die Kräfteverhältnisse in der südkoreanischen Zivilgesellschaft grundlegend: Während die Studentenbewegung erheblich an Bedeutung verlor, erhöhte sich das Mobilisierungspotenzial der Arbeiterbewegung unter der Führung der KCTU dramatisch. Unter dem Eindruck der Asienkrise wuchs die Geltung neuer NGOs wie der CCEJ, PSPD oder KFEM ebenfalls dramatisch. Dies dürfte zumindest teilweise den kräftigen Anstieg der Proteste in der Kategorie „Andere“ erklären. Eine weitere Ursache könnte sein, dass die Polizei nach 1997 bei Demonstrationen den Einsatz von Tränengasgranaten sehr einschränkte. Dadurch dürften sich gerade einfache und wenig ideologisierte Bürger ermutigt gefühlt haben, für ihr Anliegen auf die Straße zu gehen. Die politisch zumeist pragmatisch ausgerichteten NGOs haben von dieser Veränderung vermutlich überdurchschnittlich profitiert.

Abbildung 2: Proteste nach ausgewählten sozialen Gruppen (1985-2005)



Quelle: Kyeongchal Tongye Yeonbo [Polizeistatisches Jahrbuch], Seoul 1989, 2000 und 2005. Die Werte für 1997-1999 beruhen auf Schätzungen auf der Grundlage des Kyeongchal Baekseo [Weißbuch der Polizei] für die entsprechenden Jahre.

4. Stärken und Schwächen

Wie die obige Darstellung gezeigt hat, ist der starke Partizipationswille der Bürger ein charakteristisches Merkmal der südkoreanischen Zivilgesellschaft. Dies gilt aber nicht ausschließlich für Proteste. Die Bereitschaft, sich dauerhaft in einer Interessenorganisation zu engagieren, ist allgemein groß. In einer Studie des International Social Survey Programme (ISSP) 2004 gaben knapp 42 Prozent der Befragten an, dass sie im vergangenen Jahr zumindest an einer politischen Aktivität (Unterschriftensammlung, Warenboykott, Demonstration, Kontaktaufnahme zu Politikern etc.) teilnahmen. 58 Prozent gehören wenigstens einer Interessenorganisation (Partei, Gewerkschaft, Kirche, Sportverein etc.) an und immerhin 35 Prozent setzen sich dort aktiv ein. Im Vergleich etwa mit Japan oder Taiwan übernimmt Südkorea damit eine führende Position in Ostasien.

Auch das ehrenamtliche Engagement kommt seit der Demokratisierung vermehrt zum Tragen (Joo u. a. 2006: 30): In einer Umfrage des *Korea National Statistical Office* gaben 1993 nur 6,9 Prozent der Befragten an, dass sie sich ehrenamtlich betätigen. Dieser Wert verdoppelte sich in lediglich zehn Jahren auf 14,6 Prozent. Die finanzielle Ausstattung der Organisationen ist dabei jedoch schlecht. Südkoreanische NGOs finanzieren sich zu 71 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, zu 24 Prozent aus staatlichen Zuschüssen und zu 4 Prozent aus Spenden (Joo u. a. 2006: 38). Aufgrund des hohen Anteils der Mitgliedsbeiträge fallen die Zuwendungen zumeist gering aus und fließen unregelmäßig, da nur wenige Aktivisten ihre Beiträge regelmäßig entrichten. Dies wiederum führt dazu, dass die hauptamtlichen Mitarbeiter der NGOs häufig wechseln, weil die Gehälter zu niedrig sind. Auf lange Sicht ist die Kontinuität der Arbeit dadurch gefährdet.

Neben der hohen Partizipation gelten die sozialen Umweltbedingungen als ein weiterer Faktor für die insgesamt positive Entwicklung der südkoreanischen Zivilgesellschaft. Stabiles ökonomisches Wachstum, eine hohe Alphabetisierungsrate und die starke Verbreitung neuer Kommunikationstechnologien haben sich einerseits als förderlich erwiesen. Andererseits sehen viele Aktivisten im Fortbestehen etwa des Nationalen Sicherheitsgesetzes eine ernste Gefahr für die bürgerlichen Rechte. Ein weiteres Problem ist das große Misstrauen innerhalb der Gesellschaft, das sich negativ auf die generelle Kooperationsbereitschaft auswirkt: Im World Value Survey (WVS) von 2001 gaben lediglich 27 Prozent

der Südkoreaner an, dass sie ihre Mitmenschen als vertrauenswürdig ansähen. Der entsprechende Vergleichswert lag in den USA bei 36 Prozent, in Deutschland bei 38 Prozent und in Japan bei 43 Prozent. Noch problematischer ist die geringe Toleranz gegenüber sozialer Abweichung: Im internationalen Vergleich zeigen die Südkoreaner eine überdurchschnittliche Abneigung gegenüber Angehörigen anderer ethnischer Gruppen oder Religionen, Gastarbeitern, AIDS-Kranken oder Homosexuellen. Die Daten des WVS lassen hier für die Zukunft jedoch einen grundlegenden Wertewandel erwarten.

Umfragen unter Aktivisten zufolge wird das politische Gewicht der Zivilgesellschaft im Wesentlichen positiv gesehen. Lediglich auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung und in Fragen der sozialen Gerechtigkeit gibt es Nachholbedarf (Joo u. a. 2006). Die Liste der Erfolge in den vergangenen 20 Jahren umfasst: Veränderungen in den Wahl- und Parteiengesetzen, die Verhinderung von Damm- und Atomkraftprojekten, die Verabschiedung eines wirksamen Antikorruptionsgesetzes, die Abwendung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Roh, den allmählichen Abschied vom konfuzianisch geprägten Familienrecht, die Verbesserung des Verbraucherschutzes, die Durchsetzung von Reformen im Gesundheitswesen und schließlich die Gründung der *National Human Rights Commission of Korea*.

5. Neue Herausforderungen

Wie der vorangehende Überblick gezeigt hat, war die Zivilgesellschaft in den vergangenen 20 Jahren ein Antriebsmotor für gesellschaftliche Reformen und leistete einen maßgeblichen Beitrag zur Stabilisierung und Konsolidierung der Demokratie. Sie muss sich dabei jedoch immer wieder neuen Herausforderungen stellen. Etwa unter der Einwirkung des Internet hat sich die Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren erneut grundlegend verändert (Lee 2005). Südkorea gilt heute als einer der weltweit fortschrittlichsten IT-Standorte. Allein zwischen 2001 und 2004 erhöhte sich der Anteil der Bevölkerung mit einem Hochgeschwindigkeitsanschluss an das Internet von 17 auf 25 Prozent. Im Vergleich dazu lag der OECD-Durchschnitt im Jahr 2005 noch bei 10 Prozent. Die technischen Voraussetzungen für neue Kommunikations- und Mobilisierungsstrategien sind in Südkorea somit besonders günstig.

Für die südkoreanische Zivilgesellschaft begann das Internetzeitalter mit einer Antikorruptionskampagne bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2000, als sich knapp 500 NGOs zusammenschlossen und im Internet eine Liste mit 86 „ungeeigneten“ Kandidaten veröffentlichten, die sich in der Vergangenheit etwa durch Korruption oder Verstöße gegen das Wahlgesetz strafbar gemacht hatten. Das Bündnis forderte die Wähler auf, diesen Kandidaten ihre Stimme zu verweigern. Obgleich es in den folgenden Wochen zu einem heftigen Schlagabtausch mit dem politischen Establishment kam, war das Unternehmen erfolgreich: Fast 70 Prozent der Aufgelisteten fielen bei den Wahlen durch. Dies wurde von vielen als wichtiger Beitrag zur personellen und demokratischen Erneuerung des Parlaments angesehen.

Seitdem hat sich das Internet zu einer bedeutenden Plattform für politische Diskussionen unter den so genannten „Netizens“ (*net-citizens*) entwickelt. In den folgenden Jahren wurden mehrere erfolgreiche Internetaktionen initiiert: etwa im Zusammenhang mit der Wahl von Präsident Roh Moo-hyun (2002), dem erwähnten Unfalltod der beiden Schülerinnen (2002), der Entsendung von Truppen in den Irak (2003), dem Amtenthebungsverfahren gegen Präsident Roh (2004) oder der Vereinbarung eines Freihandelsabkommens mit den USA (2007). Neben den bereits genannten Erklärungen spricht somit vieles dafür, dass der beträchtliche Anstieg von Protestereignissen und Teilnehmerzahlen seit dem Jahr 2000 auch auf der kreativen Nutzung des Internet beruht.

Das Internet dient freilich nicht nur als elektronische Plattform für die Bildung von Netzwerken und die Durchführung von Kampagnen. Auf der Grundlage von Internetzeitungen und Blogs wie Ohmynews, Pressian, Jinbo.Net, Mediamob oder Seoprise entwickelte sich eine alternative Diskursarena, die die traditionelle Vorherrschaft der konservativen Presse in Südkorea herausfordert (Kim 2006). Dabei erhalten diese Webseiten breiten Zuspruch aus der Bevölkerung: Allein die Internetzeitung Ohmynews wird täglich von etwa 1,2 Millionen Lesern etwa 15 Millionen Mal aufgerufen (BBC News World Edition, 12.03.2003). Innerhalb des progressiven Netzwerks aus Internetzeitungen und Blogs werden immer wieder einflussreiche politische Debatten angestoßen. Viele Kommunikationswissenschaftler und Medienexperten erwarten von neuen Entwicklungen im Internet, insbesondere den so genannten User Created Contents (UCC), mögliche Einflüsse auch auf die kommende Präsi-

denchaftswahl in Südkorea im Dezember 2007. Ob dies so kommen wird, ist zwar noch offen, wie die Erfahrungen der letzten Jahre jedoch gezeigt haben, sind Überraschungen in Südkorea nie ausgeschlossen.

Literatur

- Alexander, Jeffrey C. (2006): *The Civil Sphere*, Oxford: Oxford University Press.
- Goldstone, Jack A. (2004): *More Social Movements or Fewer? Beyond Political Opportunity Structures to Relational Fields*, in: *Theory and Society* 33, S. 333-365.
- Joo, Sungsoo, Seonmi Lee und Youngjae Jo (2006): *The Explosion of CSOs and Citizen Participation: An Assessment of Civil Society in South Korea 2004*, The Third Sector Institute, Hanyang University, www.civicus.org/new/CSI_South_Korea.htm (Zugriff am 02.05.2007).
- Kern, Thomas (2005a): *Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel*, Frankfurt am Main: Campus.
- Kern, Thomas (2005b): *Entwicklung und Wandel der südkoreanischen Zivilgesellschaft*, in: Thomas Kern und Patrick Köllner (Hg.): *Südkorea und Nordkorea. Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Campus, S. 168-188.
- Kern, Thomas (2005c): *Anti-Americanism in South Korea: From Structural Cleavages to Protest*, in: *Korea Journal* 45 (1), S. 257-288
- Kim, Byeong-cheol (2006): *Online Simin Jeoneolijeum [Online Citizen Journalism]*, Seoul: Korean Studies Information.
- Lee, Eun-Jeung (2005): *Internetmacht und soziale Bewegung in Südkorea*, in: *WeltTrends* 48 (13), S. 53-65.

■ Der Autor

PD Dr. Thomas Kern ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien.
E-Mail: kern@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/kern>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Am GIGA Institut für Asien-Studien wird gegenwärtig ein von der VW-Stiftung finanziertes Forschungsprojekt mit dem Titel „Innovation and Contention. Protest Waves in South Korea, 1988-2005“ durchgeführt. Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 beschäftigt sich im Rahmen des Analysefeldes 2 „Legitimi-
tätsdiskurse und gesellschaftliche Mobilisierung“ mit zivilgesellschaftlichen Prozessen.

■ GIGA/DÜI-Publikationen zum Thema

Kern, Thomas (2007): Amerikanisierungskritik und Globalisierung: Das Fallbeispiel Südkoreas, in: Ivonne Bemerburg und Arne Niederbacher (Hg.): Die Globalisierung und ihre Kritik(er), Wiesbaden: VS Verlag, S. 182-196.

Kern, Thomas (2007): Modernisierung und Demokratisierung: Das Erklärungspotenzial neuerer Differenzierungstheoretischer Ansätze, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59 (1), S. 30-58.

Kern, Thomas (2006): Modernisierung und Protest. Politikformen individualisierter Betroffenheiten. Einführung in die Soziologie sozialer Bewegungen, Studienbrief, Hagen: FernUniversität Hagen.

Kern, Thomas und Patrick Köllner (2005): Südkorea und Nordkorea. Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main: Campus.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM